

1  
2 **Antragsteller: Juri von Oldenburg**

3  
4  
5 Gleichstellung von Umweltverbänden und Menschenrechtsorganisationen mit  
6 Wirtschaftslobbyverbänden

7  
8  
9 Adressaten: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundestag

10  
11  
12 **Antrag:**

13 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

14 Der Schleswig-Holsteiner Landtag, die Landesregierung und der Bundestag werden  
15 aufgefordert, sich gegen einen zu hohen Einfluss von Wirtschaftslobbyverbänden zu  
16 engagieren, um ein angemessenes Verhältnis zu Umwelt- und Menschenrechtsorga-  
17 nisationen gewährleisten zu können.

18  
19 **Begründung:**

20 Da Wirtschaftslobbyverbände im Moment einen zu hohen Einfluss haben, können  
21 Umweltverbände und Menschenrechtsorganisationen aufgrund von geringeren finan-  
22 ziellen Ressourcen aktuell keinen nennenswerten Einfluss üben.

23 Da das meistgenannte Argument für Lobbyismus ist, dass dies ein Weg für viele Poli-  
24 tiker sei, sich umfassend über ein Thema zu informieren, ist es offensichtlich, dass  
25 diese Information möglichst objektiv erfolgen muss. Von dieser Objektivität kann ak-  
26 tuell jedoch keine Rede sein, da Umweltverbände und Menschenrechtsorganisatio-  
27 nen aufgrund der Tatsache, dass sie eine nichtgewinnorientierte Struktur aufweisen,  
28 ihnen nur einen Bruchteil der finanziellen Mittel von Wirtschaftslobbyverbänden zur  
29 Verfügung steht.

30 Durch diese finanziellen Nachteile haben diese Verbände auch weniger Personal,  
31 dass die Politiker informieren könnte. Somit können sie der Politik oftmals ihren  
32 Standpunkt nicht darlegen. Da sich die Standpunkte von der Wirtschaft auf der einen  
33 sowie die von Umwelt und Menschenrechten auf der anderen Seite oftmals wider-  
34 sprechen, kann also die Objektivität nicht gewährleistet werden.

35 Dieser Missstand wird in der aktuellen Gesetzgebung und Politik leider sehr deutlich.  
36 Daher muss die Macht von Wirtschaftslobbyverbänden deutlich eingeschränkt wer-  
37 den, um eine möglichst objektive Information, die alle Interessen mit einbezieht, von  
38 der Politik gewährleisten zu können.